



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

| | |
|--|-----|
| Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1916 | 341 |
| Wirtschaftliche Rundschau Arbeiterbewegung. 25 Jahre Stultateurorgani- sation! I. — Aus den deutschen Gewerkschaften | 348 |
| Kongresse. Der VI. ungarische Gewerkschafts- kongress in Budapest | 344 |
| | 346 |

| | |
|--|-----|
| Aus Unternehmerkreisen. Die Zukunft des Hilfsdienstgesetzes | 347 |
| Arbeiterversicherung. Der 22. deutsche Krankenkaßentag | 347 |
| Kartelle und Sekretariate. Gewerkschaftsschädigende Treibereien in Braunschweig | 348 |
| Mitteilungen. Quittung der Generalkommission über Quartalsbeiträge | 348 |
| Literarisches. Neuer erschienene Bücher und Schriften | 348 |

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1916.

Liegt schon der vorjährige Bericht der Gewerkschaftskommission Oesterreichs über die Entwicklung der ihr angeschlossenen Centralverbände im zweiten Kriegsjahre eine teilweise Beruhigung der Verhältnisse im Vergleiche mit dem ersten Kriegsjahre erkennen, so ist dies noch weit mehr von dem nun vorliegenden Berichte für das Jahr 1916 zu ersehen. Es wurde immer deutlicher ersichtlich, daß je länger der schreckensvolle Krieg andauert, um so mehr mit der gesamten Volkswirtschaft auch die Gewerkschaften sich ihm anpassen und so in die Lage kommen, mit Erfolg die für sie unleugbar gewaltig schädigenden Kriegswirkungen abzuwehren.

Zwar ist noch immer in den einschlägigen Zahlen ein Rückgang bemerkbar. Doch ist dieser verhältnismäßig sehr gering und steht insbesondere, was die männlichen Mitglieder betrifft, in gar keinem Verhältnisse zu den gewaltigen Opfern, welche die Gewerkschaften in Form der Einbeziehungen ihrer Mitglieder zum Kriegsdienste bringen müssen, so daß, wenn diese mit in Rechnung gezogen werden, das Jahr 1916 eigentlich keinen Rückgang, sondern einen Fortschritt brachte.

Die Zahl der der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Centralverbände hat sich von 52 auf 48, somit um 4 vermindert; einer von diesen (der der Mühlenarbeiter) infolge Verschmelzung mit dem Verbands der Brauereiarbeiter. Drei kleinere Verbände, die der Ziegelerbeiter, der Schirmarbeiter und der Kartonnager, sind dem Kriege und seinen Wirkungen zum Opfer gefallen; der erstgenannte der schon seit Kriegsbeginn anhaltenden heftigen Baufrisse, die die Ziegelerzeugung fast ganz zum Stillstand brachte. Die beiden anderen eingegangenen Verbände erfreuten sich auch in der Friedenszeit schon keines besonders gefestigten Standes, so daß sie der gewaltige Kriegsturm sehr rasch zum Erlöschen brachte. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 2665 im Jahre 1915 auf 2346 im Berichtsjahre, somit um 319 gesunken. Bedenkt man aber, daß sich die korrespondierenden Zahlen im Jahre 1914 um 868 und im Jahre 1915 um 656 verminderten, so wird man schon aus dieser Gegenüberstellung erkennen, daß sich der Rückgang im Berichtsjahre sehr beträchtlich vermindert hat.

Noch deutlicher wird dies erkennbar aus den Zahlen, die über die Mitgliederbestände Aufschluß geben. Im Vergleiche mit dem letzten Friedensjahre und den ersten zwei Kriegsjahren gestalteten sie sich wie folgt:

Es betrug die Zahl der Mitglieder

| am Ende des Jahres | männliche | weibliche | zusammen |
|-----------------------|-----------|-----------|----------|
| 1913 | 372 216 | 42 979 | 415 195 |
| 1914 | 210 421 | 30 260 | 240 681 |
| 1915 | 151 424 | 25 589 | 177 113 |
| 1916 | 138 789 | 28 148 | 166 937 |

Die Änderungen in den drei Kriegsjahren waren demnach folgende:

| im Jahre | männlich Verlust | weiblich Verlust | zusammen Gewinn | Verlust |
|----------------|---------------------|---------------------|--------------------|---------|
| 1914 | 161 795 | 12 719 | — | 174 514 |
| 1915 | 58 997 | 4 571 | — | 63 568 |
| 1916 | 12 635 | — | 2459 | 10 176 |

in allen drei Jahren . . 233 427 17 290 2459 248 258

Verlust 14 831

Auf je 100 Mitglieder am Schlusse des vorhergegangenen Jahres entfielen

| im Jahre | männlich Verlust | weiblich Verlust | zusammen Gewinn | Verlust |
|---------------------|---------------------|---------------------|--------------------|---------|
| 1914 | 43,46 | 29,59 | — | 42,03 |
| 1915 | 28,03 | 15,10 | — | 26,41 |
| 1916 | 8,34 | — | 9,57 | 5,74 |
| 1913—1916 | 62,71 | 34,50 | — | 59,79 |

Der Verlust an männlichen Mitgliedern mit 12 635 (8,34 v. H.) im Berichtsjahre ist um so eher als durchaus nicht unbefriedigend anzusehen, da die Ausdehnung der Landsturmpflicht vom 42. bis zum 50. Lebensjahre, die in Oesterreich im Jahre 1915 mit Reiterunsaesewalt angeordnet wurde, eigentlich erst im Jahre 1916 zur vollen Wirksamkeit kam und hierdurch weitaus mehr Mitglieder den Gewerkschaften entzogen wurden, als diese in Wirklichkeit verloren haben.

Eine auch zahlenmäßig zum Ausdruck kommende Besserung ist bei den weiblichen Mitgliedern in deren Zunahme um 2459 (9,53 v. H.) ersichtlich, nachdem die zwei vorhergegangenen Jahre eine Abnahme um zusammen 17 290 gebracht hatten. Die ersichtliche Zunahme entspricht zwar durchaus nicht der stetig steigenden Mehrverwendung der weiblichen

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Als Mitglieder haben sich gemeldet:

Altenburg: Taubert, Hermann, Parteiangestellter.

Breslau: Litwa, August, Expedient.

Chemnitz: KranoId, Hermann, Redakteur.

Literarisches.

**Neuerschienene Bücher und Schriften.
Gewerkschaftliche Publikationen.**

Deutsche Verbände.

Tapfeler. Jahresbericht 1916. 35 S. Selbstverlag, Berlin.

Genossenschaftsliteratur.

W. A. Huber. Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen. 75 S. 60 Pf. Wlbh. Langguth, Göttingen.

Verband nordwestdeutscher Konsumvereine. Geschäftsbericht 1916. 191 S.

Verband der Konsumvereine Brandenburgs und der angrenzenden Provinzen und Staaten. Jahresbericht 1916. 163 S.

Volkspflege. Rechenschaftsbericht für 1916. 20 S.

Centralverband deutscher Konsumvereine. Jahresbericht für 1916. 750 S. Hamburg.

Kriegsliteratur.

a) Politische Schriften.

J. Dorchardt. Ich und der U-Boot-Krieg. 8 S. 10 Pf.

— Revolutionshoffnung! 8 S. 10 Pf. Selbstverlag des Verfassers, Berlin-Lichterfelde.

J. Buchhorn. Geduldig sein, stark sein, Vertrauen haben! Drei Valenpredigten. 32 S. 80 Pf.

— Wir vergessen zu leicht. 38 S. 1 M. Reichsverlag Hermann Kalloff, Berlin.

Dr. D. Poensgen. Was haben die Engländer gegen uns? 16 S. Auskunftsstelle Vereinigter Verbände, Berlin.

Parvus. Meine Antwort an Kerenski u. Co. 14 S. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.

Politik und Volkswirtschaft im dritten Kriegsjahr. 40 S. 60 Heller. Wiener Volksbuchhandl. J. Brand u. Co., Wien.

Seid und Renner. Krieg und Absolutismus, Friede und Recht. Zwei Parlamentsreden. 63 S. 30 Heller. Wiener Volksbuchhandl. J. Brand u. Co., Wien.

Um Deutschlands Zukunft. Herausgegeben vom Bund Deutscher Gelehrter und Künstler. 1. Cohen: Das Volk und der Krieg. 40 Pf. 2. Fürst v. Bülow: Weg zur politischen Reife. 48 S. 40 Pf. 3. Winzig: Der englische Wirtschaftskrieg und das werttätige Volk Deutschlands. 40 S. 40 Pf. Verlag: Reimar Hobbing, Berlin.

Fr. Weiß. Die baltische Frage im Weltkrieg und in der russischen Revolution. 71 S. Promaché Verlag, Bern.

b) Volkswirtschaftliche Schriften.

Dr. D. Jöhrenbach. Die deutschen Reichsfinanzen vor, während und nach dem Weltkrieg. 40 S. 25 Pf. J. Vielesfelds Verlag, Freiburg i. B.

Friede und die wirtschaftliche Zukunft. Herausgegeben von Reinhold W. Schulze, Dresden. Lehmannsche Verlagsbuchhdlg. Dresden-N.

Kolonialwirtschaftliche Flugschriften. Baumwolle und die deutschen Kolonien. 4 S.

— Die Arbeiter und die deutschen Kolonien. Von Dr. P. Lensch. 16 S.

— Der Handel und die deutschen Kolonien. 8 S.

— Der Landwirt und die deutschen Kolonien. Von Prof. Dr. Wohltmann. 14 S.

— Die deutsche Hausfrau und die Kolonien. 16 S.

— Die ersten dreißig Jahre deutscher Kolonialwirtschaft. Von E. Zimmermann. 11 S.

— Faserstoffe und die deutschen Kolonien. 4 S.

— Häute und Gerbstoffe und die deutschen Kolonien. 4 S.

— Kakao und die deutschen Kolonien. 4 S.

— Kautschuk und die deutschen Kolonien. 4 S.

— Kupfer und die deutschen Kolonien. 4 S.

— Delfrüchte und die deutschen Kolonien. 4 S.

(Herausgegeben vom Kolonialwirtschaftl. Comité, Berlin.)

c) Kriegswirtschaftliche Schriften und Kriegsernährung.

Beiträge zur Kriegswirtschaft. Herausgegeben von der Volkswirtschaftl. Abteilung des Kriegsernährungsamts.

— S. 10. Die Viehhandelsverbände in der Kriegswirtschaft. Von Dr. A. Stalweit. 44 S. 60 Pf.

— S. 11. Die Heeresverpflegung. Von Fr. Hartmann. 48 S. 60 Pf.

— S. 12/13. Der Zucker im Kriege. Von Dr. Hollenius u. Dr. Fahmann. 98 S. 1,20 M.

— S. 14. Die Massenpeisungen. Von Dr. S. Krüger und Dr. G. Lenius. 57 S. 60 Pf.

— S. 15. Düngemittel im Kriege. 52 S. 60 Pf.

— S. 16. Die Hülsenfrüchte in der deutschen Ernährungswirtschaft. Von Dr. Kuczynski u. E. Löhr. 42 S. 60 Pf.

Höchstpreise. Alphabetisches Verzeichnis der Gegenstände, für welche Preisbindungen irgendwelcher Art, insbesondere Höchstpreise, seit Kriegsbeginn vorgeschrieben und im Reichsgesetzblatt oder im Centralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht worden sind. Bearbeitet in der Volkswirtschaftl. Abteilung des Kriegsernährungsamts. 148 S. 3 M. Kommissionsverlag von Gg. Naud, Berlin SW.

R. Kirchner. Verordnungen der städt. Behörden zu Frankfurt a. M. über die Lebensmittelversorgung, nebst Bundesratsverordnungen allgemeiner Art. 3. Nachtrag. 203 S. 2 M. F. V. Auffahrt, Frankfurt a. M.

Central-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Berlin. Geschäftsübersicht. Stand am 1. April 1917.

E. Jodike-Schöde. Ausbildung von Leiterinnen für Massenpeisung. 78 S. Leonhard Simons Nachf., Berlin.

d) Schriften über Kriegsfürsorge.

Arbeitsauskunft der Kriegserwitwen- und Waisenfürsorge.

S. 5. Kriegswaisen- und Jugendfürsorge. 126 S. 1,80 M. S. 6. Probleme der Kriegshinterbliebenenfürsorge.

119 S. 1,80 M. Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Deutscher Auskunfts für Kleinkinderfürsorge. S. 1. Die Kriegsnot der aufsichtslosen Kinder. Von Dr. W. Velligkeit. 35 S. S. 2. Die Erziehungsaufgaben der Volkskindergärten im Kriege. Von L. Dröcher. 25 S. S. 3. Die gesundheitliche Kleinkinderfürsorge und der Krieg. Von A. Gottstein. 33 S. S. 4. Vorschläge für die Einrichtung von Kriegstagesheimen für Kleinkinder. Von M. Böder. 30 S. D. G. Teubner, Leipzig.

Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz. Denkschrift. 14 S. Berlin.

Die Hilfsschule im Dienste der Kopfschmerzverletzten. Von Dr. J. Dräseke und D. Herm, Hamburg. 48 S. Mit 18 Tafeln. Vossische Buchhdlg., Berlin W. 62.

Fischbacher. Wie wird für die Angehörigen der Kriegsfamilien gesorgt? 24 S. 25 Pf. E. S. Mittler u. Sohn, Berlin.

J. v. Wintersfeldt. Kriegsbeschädigtenfürsorge. 38 S. E. Heymanns Verlag, Berlin.

wickeln. Und da nach allen vorliegenden Detailberichten die gleiche Tendenz im laufenden Jahre nur noch im verstärkten Maße wahrzunehmen ist, kann wohl mit einiger Sicherheit behauptet werden, daß das relativ günstige Gebarungsergebnis des Vorjahres kein Zufallsergebnis, sondern das der stetigen Entwicklung war. In der großen Bekümmernis, unter der gegenwärtig auch die österreichische Arbeitererschaft zu leiden hat, ist diese Erkenntnis sicherlich ein starker Trost.

J. Gr.

Wirtschaftliche Rundschau.

Anmeldezwang für ausländische Zahlungsmittel und Forderungen. — Uebernahmerecht der Reichsbank. — Klagen der Malzindustrie. — Reine Mälzereien und Brauereimälzereien. — Wirkungen von Betriebsstillegungen. — Einsprüche gegen die Zusammenlegung von Rohzuckerfabriken.

Bereits seit Anfang des Krieges ist das Recht der freien Verfügung über ausländische Zahlungsmittel und Forderungen aufgehoben. Niemand durfte diese Zahlungsmittel verkaufen oder versenden oder die Forderungen einziehen, ohne daß jedoch ein Ablieferungszwang bestand. Nunmehr werden aber die schon in der Devisenordnung vom 8. Februar vorgesehenen Maßnahmen der Anmeldung ausländischer Zahlungsmittel und Forderungen sowie ihre Uebertragung auf die Reichsbank zur Anwendung gebracht. Anzumelden sind Geldsorten, Papiergeld, Banknoten in irgend einer ausländischen Währung, ferner „sonstige Zahlungsmittel“, das sind Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel in der Währung verschiedener neutraler Staaten, schließlich Forderungen in irgend einer ausländischen oder in Reichswährung gegen Personen oder Firmen, die in einem der neutralen Länder ansässig sind. Forderungen gegen feindesländische Staaten bleiben von den Vorschriften vollkommen unberührt. Einmal ist ihre Anmeldung schon früher erfolgt, und sodann handelte es sich jetzt um ganz andere Ziele als damals. Bei der früheren Anmeldung sollte der Regierung ein Ueberblick über die vorhandenen Ansprüche an das feindliche Ausland gegeben werden, um als Grundlage für politische Maßnahmen — Friedensverhandlungen, Abwehr- und Ausgleichsmaßnahmen und dergleichen — zu dienen. Diesmal dagegen handelt es sich darum, Zahlungsmittel zu schaffen, zu welchem Zweck Forderungen an das feindliche Ausland mit Rücksicht auf die im Feindesland wie auch bei uns bestehenden Zahlungsverbote nur schwer zu verwenden sind.

Die Frist zur Anmeldung läuft am 11. September ab, während die Verordnung am 31. August erging. Zuständig für die Abgabe der Erklärungen sind die Reichsbankanstalten. Will die Reichsbank von ihrem Uebernahmerecht Gebrauch machen, so muß sie in jedem einzelnen Fall durch eingeschriebenen Brief zur Uebertragung auffordern. Sie hat die Wahl, ob sie die Papiere käuflich oder zum Einzug oder zur sonstigen Verwertung erwerben will. Zur Begründung dieses Schrittes wird in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hervorgehoben, daß Deutschland seine Einfuhr zwar wesentlich beschränkt hat, daß die Einfuhr aber nicht ganz aufgehoben werden konnte und daß es unmöglich ist, die Einfuhr vollständig mit der Ausfuhr zu bezahlen. So müssen denn zur Regelung unseres Zahlungsver-

fehres mit dem Auslande alle anderen geeigneten Mittel herangezogen werden.

Klagen erhebt der Bund deutscher Malzfabriken als Vertretung der reinen Mälzereien über die Notlage, in die diese Betriebe durch die amtliche Malzverteilung veretzt worden sein sollen. Die Wurzel alles Übels, an dem die Malzindustrie leidet, ist nach der Darstellung des Bundes ihr Ausschluß von der Gerstezuteilung. Während sie im Frieden die Gerste kaufte und das aus ihr für eigene Rechnung hergestellte Malz an die Brauereien verkaufte, ist sie jetzt auf die Lohmälzerei angewiesen. Während bei der Brauindustrie bekanntlich eine gleichmäßige Betriebseinschränkung eingetreten ist, blieb das Angebot von Mälzungsarbeit ungeregelt, es entbrannte ein heftiger Wettbewerb um die Mälzungsaufträge, dabei gestaltete sich der Mälzungslohn nach den vorliegenden Angaben unbefriedigend. Im Frieden hätte die Mälzungsindustrie mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Malzes hergestellt, jetzt haben indessen die Brauereien als einzige Verfügungsberechtigte über die Brauereier es in der Hand, in erster Reihe ihre eigenen Mälzereien zu beschäftigen. Da der Malzverbrauch, der bereits auf ein Sechstel bis ein Siebtel des Friedensverbrauchs zurückgegangen ist, im neuen Wirtschaftsjahr eine noch stärkere Einschränkung erfahren wird, und da ferner bei der kommenden Betriebszusammenlegung die Bestimmung darüber, wo die Gerste vermälzt werden soll, vielleicht von den einzelnen Brauereien an die leitenden Stellen der Brauindustrie übergeben wird, sei damit zu rechnen, daß die Malzindustrie vollständig von der Mälzungsarbeit ausgeschlossen wird, wenn man ihr nicht einen ihrem Friedensanteil entsprechenden Teil der Mälzungsarbeit sichert. Vor allem verlangen die reinen Mälzereien eine derartige Sicherung für die Zeit nach dem Kriege, um ihre Ausschaltung in der Uebergangswirtschaft zu verhindern.

Folgt man der Darstellung des Bundes deutscher Malzfabriken, so kommt man zu dem Schluß, daß nicht nur bei der gegenwärtigen Einschränkung des Malzverbrauchs, sondern auch bei einem erheblich stärkeren Malzverbrauch der größte Teil der reinen Malzfabriken, wenn nicht gar alle reinen Mälzereien entbehrt werden könnten. Wir wollen hier nicht untersuchen, geschweige denn entscheiden, ob die Ausführung der technischen Möglichkeit auch wirtschaftlich zweckmäßig wäre. Aber es gibt verschiedene Industriezweige, in denen unter den vorliegenden technischen Bedingungen mit Stilllegungen sehr erhebliche Vorteile verbunden sein würden. Bei der Bewertung der Vorzüge und Nachteile von Stilllegungen wird meistens von den Gegnern der Zusammenfassungsbewegung unbeachtet gelassen, daß bei einem freien Wettbewerb ein wesentlicher Teil der in Betracht kommenden Betriebe ohnedies zur Stilllegung gelangen würde, weil in dem Kampf um die Beschaffung von Rohmaterial viele Unternehmungen von vornherein erfolglos blieben. So wäre es zweifellos, um ein Beispiel herauszugreifen, bei der Regelung in der Schuhindustrie gekommen. Fabriken, die auf Grund der Bestimmungen der kriegswirtschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit aufgaben, wären bei einer Unterlassung der organisatorischen Maßnahmen wahrscheinlich nur kurze Zeit darauf vielfach aus Mangel an Material und Personal zu Betriebseinstellungen genötigt gewesen. Sodann muß immer daran gedacht werden, daß bei Verzicht auf Betriebszusammenlegungen auch im

Arbeitskräfte in der Industrie, die insbesondere im Berichtsjahre im Zusammenhange mit der bereits erwähnten Erweiterung der Landsturmpflicht im verstärkten Ausmaße zum Ausdruck kam. Trotzdem jedoch ist diese Zunahme als erfreulich zu begrüßen, da sie deutlich erkennen läßt, daß nunmehr auch die unter den Wirkungen des Krieges neu zugeführten Massen weiblicher Arbeiter den Wert der gewerkschaftlichen Organisationen erkennen und sich diesen anzuschließen beginnen. Nicht die geringste unter den Sorgen, welche die so gründlich geänderte Situation im Wirtschaftsleben den gewerkschaftlichen Funktionären bereitet, war die Frage nach dem mehr oder minder großen Interesse, welche diese neuen Arbeiterinnenschichten den gewerkschaftlichen Bestrebungen entgegenbringen werden. Die vorstehenden Zahlen, die übrigens im laufenden Jahre die gleich günstige Tendenz aufweisen, sind nun sicherlich geeignet, diese Sorge etwas weniger bange erscheinen zu lassen.

Zunahmen haben im ganzen 9 Verbände mit zusammen 2350 Mitgliedern aufzuweisen; den absolut größten hiervon der Verband der Metallarbeiter mit 1015 (3,54 v. H.); ihm folgt der Verband der Handlungsgehilfen mit 786 Mitglieder (16,8 v. H.); bei drei Verbänden schwankt die Zunahme von 100–200; bei vier Verbänden bleibt sie unter 100 Mitgliedern. Die größten absoluten Abnahmen weisen der Verband der Textilarbeiter infolge der durch die Kohlenknappheit wesentlich eingeschränkten Produktion mit 1958 Mitgliedern (7,38 v. H.), der Verband der Bauarbeiter, der bereits erwähnten Baukrise wegen, mit 1351 Mitgliedern (29,65 v. H.) und der Verband der Brauer und Fassbinder, gleichfalls infolge der sehr beschränkten Produktion, mit 1096 Mitgliedern (30,98 v. H.) auf. Bei 23 Verbänden bewegt sich der Verlust zwischen 100 und 1000, bei allen übrigen bleibt er unter 100 Mitgliedern. Der Gesamtverlust aller dieser Verbände beträgt 12 523 Mitglieder.

Die Finanzgebarung hatte sich schon im Vorjahre gegenüber dem ersten Kriegsjahre erheblich gebessert und hat nun diese Besserung auch im Berichtsjahre angehalten. Zwar haben, wie ganz natürlich, entsprechend den verminderten Mitgliederzahlen auch die Einnahmen eine Verminderung erfahren; doch steht diesen auch eine Ermäßigung der Ausgaben gegenüber, die zum größten Teile auf eine geringere Inanspruchnahme der Unterstützungen, hauptsächlich davon für Arbeitslosigkeit, zurückzuführen ist.

Im Vergleiche mit den vorhergegangenen Jahren gestalteten sich die Einnahmen (ausnahmslich derer für Zwecke der Lohnbewegungen) wie folgt:

| | 1913 | 1914 | 1915 | 1916 |
|------------------------|------------|-----------|-----------|-----------|
| Beitragsgeld | 91 075 | 61 126 | 22 952 | 25 977 |
| Beiträge | 8 686 693 | 6 594 085 | 3 675 344 | 3 329 865 |
| Sonstige Einnahmen | 1 258 747 | 1 618 800 | 1 281 700 | 1 281 363 |
| Zusammen | 10 036 521 | 8 274 012 | 4 979 997 | 4 636 695 |

Diesen Einnahmen stehen an Gesamtausgaben (wieder mit Ausnahme derer für Lohnbewegungen) gegenüber: Im Jahre 1913: 10 358 297,39, 1914: 9 922 301,39, 1915: 4 995 550,57 und 1916: 4 466 060,39 Kronen. Wir sehen somit im Jahre 1913 unter dem Einflusse der Balkankrise und der durch sie hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit ein Defizit von rund 22 000 Kronen, im ersten Kriegsjahre, wegen der mit Kriegsbeginn einsetzenden überaus großen Arbeitslosigkeit, ein solches von rund 1 648 000 Kronen, das sich im Jahre 1915 auf rund 16 000 Kronen ermäßigte, um im Berichtsjahre be-

reits einer Mehreinnahme von rund 170 000 Kronen zu weichen.

Wie schon erwähnt, ist diese Besserung in der Finanzgebarung hauptsächlich der verminderten Arbeitslosigkeit zuzuschreiben, die eine beträchtliche niedrigere Belastung des Unterstützungskontos zur Folge hatte. Zwar sind die Ausgaben für Kranken-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenunterstützung nicht nur relativ, sondern auch absolut gestiegen, was sicherlich auf die verminderte Widerstandsfähigkeit der Arbeiter infolge der ungenügenden Ernährung zurückzuführen ist (das gleiche gilt auch von der Notfallunterstützung); doch wurde dieses Steigen wieder wettgemacht durch die verminderten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Deutlich wird dies aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Es betragen die Ausgaben für

| Unterstützung: | 1913 | 1914 | 1915 | 1916 |
|------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Kranke | 258 280 | 138 408 | 13 143 | 6 079 |
| Arbeitslosen | 2 304 801 | 3 023 780 | 504 617 | 260 675 |
| Kranken | 1 001 025 | 632 186 | 282 959 | 285 201 |
| Invaliden | 369 096 | 368 752 | 572 474 | 382 371 |
| Esterbefall | 259 472 | 254 333 | 296 366 | 300 664 |
| Notfall | 543 652 | 536 198 | 331 621 | 344 051 |
| Zusammen | 4 616 929 | 5 013 659 | 1 801 183 | 1 573 944 |

Deutlicher noch, wie aus vorstehenden Zahlen, erkennen wir den Einfluß der verminderten Arbeitslosigkeit auf die Finanzgebarung während der Berichtsjahre aus folgenden Relativzahlen. Danach entfielen von je 100 Kronen Ausgaben

| im Jahre | auf Unterstützungen insgesamt | auf Arbeitslosenunterstützung allein |
|----------------|-------------------------------|--------------------------------------|
| 1913 | 45,92 | 21,93 |
| 1914 | 50,53 | 30,48 |
| 1915 | 36,08 | 10,11 |
| 1916 | 35,38 | 5,84 |

Diese fortschreitende Verminderung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, in der sich mit aller Deutlichkeit die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte wider spiegeln, ist wohl von jedem Gesichtspunkte aus lebhaft zu begrüßen; doch darf sie die Gewerkschaften nicht dazu aneifern, etwa auf Kosten dieses Unterstützungszweiges andere, gegenwärtig mehr in Anspruch genommene, auszubauen, da mit der Rückkehr normaler Verhältnisse sicherlich wieder mit einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit und im Zusammenhange damit auch mit wesentlich erhöhten Ausgaben hierfür zu rechnen sein werde.

Entsprechend der im Vorstehenden besprochenen Menderung der Grundlagen der gewerkschaftlichen „Finanzgebarung“ haben sich auch die Gesamtvermögensbestände der österreichischen Gewerkschaften gestaltet. Das letzte Friedensjahr schloß ab mit einem Bestande von rund 14 735 000 Kronen. Das erste Kriegsjahr brachte dessen Verminderung um rund eine Million, das zweite jedoch bereits wieder eine Steigerung um rund 623 000 Kronen, während nunmehr das Berichtsjahr mit einer Steigerung von rund 634 000 Kronen abschließt. Am Schlusse dieses Jahres betragen die Gesamtbestände rund 14 991 000 Kronen und hatten somit den Stand des letzten Friedensjahres bereits wieder überschritten.

Alles in allem zeigen die österreichischen Gewerkschaften im dritten Kriegsjahre zwar keine stürmische Aufwärtsbewegung; immerhin jedoch ist zu erkennen, daß sie ihren durch die Kriegskrise hervorgerufenen Tiefstand sowohl bezüglich des Mitgliederbestandes als auch hinsichtlich der Finanzgebarung bereits überwunden haben und sich trotz aller Hindernisse nun wieder im aufsteigenden Sinne ent-

seiner Organisation getreu, zu den 13 Vertretern der Lokalorganisationen gehörte, die der Kongreßmehrheit nicht zustimmten.

Aber in der Folgezeit zeigte sich, daß sich in den verschiedenen Großstädten die Ansicht über die Form der Organisation auch bei den Statistoren änderte, und so blieb es denn nicht aus, daß auf dem Kongreß in Stuttgart die Meinungsverschiedenheiten so stark auseinanderplakten, daß es zur Trennung kam. Für die Beibehaltung der Lokalorganisation stimmten die Städte: Berlin, Dresden, Elberfeld-Barmen und Stuttgart, während die Vertreter von Hamburg-Hannover-Bremen, Leipzig-Gera, Mannheim, Essen und Köln für einen Centralverband eintraten. Beide Richtungen tagten getrennt weiter. Der Verband wurde gegründet und der Sitz nach Köln verlegt. Der dortige Verein wurde mit der Ausarbeitung der Statuten und der Wahl des Vorstandes betraut; als Fachorgan wurde der „Grundstein“ bestimmt. Das Statut fand die Zustimmung der verschiedenen Orte, als Vorsitzender wurde Odenthal-Köln gewählt, und am 1. September 1892 begann der neue Verband seine Tätigkeit.

Aber nun brach eine schlimme Zeit an, denn es galt nicht nur, den Unternehmern entgegenzutreten, die auch damals schon mit allen Schikanen die junge Organisation verfolgten, sondern auch die gehässige Taktik der Lokalorganisation zu bekämpfen, die in ihrem, vom Regierungsbaumeister Kessler geleiteten Organ, dem „Bauhändler“, den Centralverband und seine Leitung in schofelster Weise verdächtigten. Allen Anfeindungen zum Trotz aber stieg die Zahl der angeschlossenen Städte langsam aber stetig. Dem ersten Verbandstag 1895 in Cassel konnte berichtet werden, daß nach und nach folgende Städte dem Verband beigetreten waren: Köln, Hamburg, Bremen, Leipzig, Hannover, Düsseldorf, Gera, Mannheim, Cassel, Bremerhaven, Hagen, Bosen, Bochum, Dortmund, Essen, Dresden, Halle, Nürnberg, Freiburg, M.-Gladbach, Mülheim-Ruhr mit Oberhausen und Ruhrort, Elberfeld, Grefeld und Duisburg. Waren hiervon auch verschiedene wieder eingegangen, so war doch der Boden gelockert. Die Mitgliederzahl betrug allerdings nur 673 und dementsprechend gering waren auch die Einnahmen. Der gesamte Kassenbestand betrug Ende 1895 nur 611 Mark.

Der zweite Verbandstag, 1898 in Halle, zählte bereits in 39 Filialen 2250 Mitglieder, von denen allerdings ein Teil nur als Buchmitglieder zu bewerten war. Der Kassenbestand belief sich auf 6233 Mark. Im Jahre 1897 hatte sich auch Berlin dem Verbandsangehörigen. Verschiedentlich hatte die Organisation schon die Feuerprobe bei größeren Lohnbewegungen bestanden, wenn es auch manchmal mit den Unterstützungen, die durch Sammlungen aufgebracht werden mußten, sehr knapp herging. Aber der Fortschritt war unverkennbar. Leider konnte der Agitation nicht genügend Rechnung getragen werden, da alle Verbandsfunktionäre ihrer Berufsarbeit nachgehen mußten.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Statistik des Buchdruckerverbandes vom 30. Juni erstreckt sich auf 28 828 Mitglieder gegen 28 527 am 31. März. Vollbeschäftigt waren 27 226 oder 94,1 Proz. (März 94,3 Proz.), in anderen Berufen waren 2,7 Proz. (2,75 Proz.) beschäftigt, 0,10 Proz. (0,30 Proz.) waren arbeitslos und 3,09 Proz. (2,75 Proz.) krank gemeldet. Die Erhöhung der Krankenziffer auf 1175 gegen 883 im März wird vom Verbandsorgan auf die Ernährungs-

verhältnisse und die Häufung der Ueberstundenarbeit zurückgeführt. Die diesmalige Krankenziffer ist die größte, die je im Verbands festgestellt wurde. Selbst in Perioden großer Arbeitslosigkeit ging die Erkrankungshäufigkeit nie über 3 Proz. der Verbandsmitglieder hinaus. — Die sonstigen Ziffern ergaben einen Rückgang, sowohl die Zahl der Arbeitslosen, als die der in anderen Berufen Beschäftigten. An Unterstützungen wurden im zweiten Quartal gezahlt aus sämtlichen Kassen 382 857 Mk. gegen 395 954 Mk. im vorigen Quartal. In den drei Kriegsjahren zahlte der Verband insgesamt an Unterstützungen 9 910 332 Mk., darunter 2 272 235 Mk. freiwillige Familienunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Auf das einzelne Kriegsjahr umgerechnet ergibt diese Summe eine jährliche Ausgabe von 3 303 444 Mk. und man wird dem „Korrespondent“ darin beistimmen müssen, daß diese Riesensumme „für eine einzelne Gewerkschaft, die mit der Zeit auf ein Drittel ihres Sollbestandes zusammengeschrumpft ist, jedenfalls ein Zeugnis größter Widerstandsfähigkeit, aber auch erfreulichen Opfertunes“ ist.

Dieses Urteil läßt sich aber glücklicherweise auch auf einen Verband der „nicht fackgelerten“ Arbeiter anwenden, auf den Fabrikarbeiterverband. Seine soeben veröffentlichten Zahlen über die Mitgliederbewegung in den drei Kriegsjahren sind sehr ermutigend. Beim Kriegsausbruch zählte er 196 558 Mitglieder; dann setzte der Rückgang schnell ein und am 1. Januar 1916 waren nur noch 85 118 Mitglieder vorhanden. Von da an machte sich eine gewisse Stagnation in der rückläufigen Bewegung bemerkbar, im zweiten Quartal beginnt die Zahl der weiblichen Mitglieder zu steigen; ihr niedrigster Stand war 18 705 am 1. April 1916, am 1. Juli betrug sie schon 19 189 und am 1. Juli 1917 ist sie auf 30 075 gestiegen gegen 25 988 beim Kriegsausbruch. Der Rückgang bei den männlichen Mitgliedern, der besonders durch die Einberufungen beeinflusst wurde, hielt länger an und der Tiefstand in der Mitgliederzahl war hier erst mit 58 469 am 1. Januar 1917 erreicht. Seitdem geht es auch hier wieder aufwärts und am 1. Juli betrug die Zahl der männlichen Mitglieder 62 747 gegen 170 570 beim Ausbruch des Krieges. Werden die Eingezogenen als Mitglieder eingerechnet, so hatte der Verband am Ende des dritten Kriegsjahres nur 1580 Mitglieder weniger als beim Kriegsbeginn; 10 von den 15 Gauen hatten sogar mehr Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in 10 Gauen höher als am 1. Juli 1914. Der Verband konnte so das dritte Kriegsjahr mit einem Mitgliederbestande von 93 101 beschließen, so daß der „Proletarier“ mit vollem Recht erklären darf: „Es ist nicht nötig, zu diesem Ergebnis noch viel zu sagen. Deutlicher als lange Auseinandersetzungen zeigt es die ungebrochene Kraft des Verbandes, das unerschütterte Vertrauen der Mitglieder. Allen Wetterstürmen des Krieges trotzend, geht es vorwärts und aufwärts . . .“

Der Zimmererverband hat im Jahre 1916 nach einer zweijährigen Unterbrechung wieder Erhebungen über die Organisationsverhältnisse, Stundenlöhne und die Arbeitszeit im Zimmerergewerbe veranstaltet. Die Erhebungen erstreckten sich diesmal auf 642 Zahlstellen, 893 Lohngebiete mit 10 014 Orten, 5498 Betrieben und 24 713 Zimmerern, von denen 18 118 Verbandsmitglieder waren. Bei der Aufarbeitung der Statistik mußten 112 Lohngebiete ausscheiden, weil sie keine Zimmerer beschäftigten, sondern nur Wohnstätten von Verbandsmitgliedern waren. Nach weiteren Abzügen

günstigsten Falle infolge unvermeidlicher Schwierigkeiten der Rohmaterialbeschaffung die meisten Unternehmungen der in Betracht kommenden Betriebszweige auf lange hinaus nur zu einem kleinen Teil ihrer Leistungsfähigkeit Beschäftigung finden könnten. Das müßte ganz besonders dann zutreffen, wenn die Beschaffung und Ueberweisung von Rohmaterial zugunsten der vorhandenen Betriebe in der sogenannten Uebergangswirtschaft gleichmäßig erfolgen soll. Dabei wird wohl in der Regel außer Rechnung gelassen, daß bei Betriebsstillegungen sehr oft die davon betroffenen Anlagen anderer Tätigkeit zugeführt werden könnten. In den reinen Mälzereien sollen nach den Mitteilungen des Bundes deutscher Malzfabriken 300 Millionen Mark investiert sein. Viehen sich, um bei unserem Beispiel zu bleiben, die hier festgelegten Werte anderer Arbeit nutzbar machen, während ihre frühere Mälzarbeit in dem erforderlichen Umfang von anderen, bereits auch bestehenden Betrieben geleistet werden kann, so würde damit die Produktivität eine sehr erstrebenswerte Förderung erfahren.

Selbstverständlich müssen die Bedingungen der Stilllegung für jede einzelne Betriebsart sorgfältig erwogen werden, allgemein geltende Bestimmungen wären ein Übel. In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ wird Stellung gegen eine Zusammenlegung von Rohzuckerfabriken genommen. Von den Rohzuckerfabriken wird behauptet, daß durch Zusammenlegungen eine Kohlenersparnis nicht erzielt werden könnte, die Belastung der Eisenbahnen durch die Rübenzufuhren jedoch zunehmen würde. Arbeiten alle Rohzuckerfabriken, so dürfte, wie weiter ausgeführt wird, die Verarbeitung der Zuckerrüben lange vor Weihnachten beendet sein. Tritt eine Zusammenlegung ein, so müssen die in Betracht kommenden Fabriken natürlich viel länger arbeiten. Das ist aber von bedeutendem Nachteil für die Zuckererzeugung; denn bereits im Dezember treten erfahrungsgemäß Ausbeuterückgänge ein, weil die Rübe das lange Lagern nicht vertragen kann. Es würde also eine Verminderung der Erzeugung herbeigeführt. Die Fabrik, die gezwungen ist, besonders lange zu arbeiten, vielleicht bis in den Februar hinein, verbraucht schließlich durch die lange und ständige Feuerung 25 bis 30 Proz. mehr an Kohlen für die Herstellung eines Zentners Zucker wie am Anfang der Verarbeitung; das ist schon lange berechnet worden. Anstatt weniger, würden also sogar mehr Kohlen verbraucht werden, um die Rübenerte nach den Absichten der Regierung aufzuarbeiten.

Unbeziehen sollen keineswegs alle diese Einwände sachlich als zutreffend hingenommen werden. Erweisen sie sich als stichhaltig, so würde schon die Tatsache einer nennenswerten Verminderung der Zuckerausbeute genügenden Grund geben, von einer Zusammenlegung der Rohzuckerfabriken abzusehen, weil sonst der Prozed des Verfahrens, der in der Steigerung der Produktivität zu erblicken ist, in das Gegenteil umgekehrt würde.

Berlin, den 4. September 1917.

Julius Kallisi.

Arbeiterbewegung.

25 Jahre Stukkateurorganisation! (1892—1917.)

I.

Am 15. August waren es 25 Jahre, daß sich in Stuttgart eine kleine Zahl Stukkateure und Gipser

zum III. Stukkateurkongreß versammelten. 11 Delegierte, die Vertreter von 13 Städten, waren zusammengekommen, um zu beraten, wie die Lage der Berufsgenossen zu heben sei. Aber die Reden, die dort gehalten wurden, waren wenig geeignet, ein gemeinsames Handeln zu erzielen. Lokalorganisation oder Verband, das war die heißumstrittene Devise, die schließlich nicht zur Einigkeit, sondern zur Trennung des kleinen Häufleins führten.

Man muß sie mitgemacht haben, jene Zeiten, um zu verstehen, mit welcher Erbitterung die gegenteiligen Meinungen vertreten wurden. Bis zum Jahre 1892 waren die Stukkateure von solchen inneren Kämpfen verschont geblieben, denn die ganzen Organisationsbestrebungen im Berufe waren verhältnismäßig sehr jungen Datums. Wenn in den anderen Berufsgruppen des Baugewerbes die heutigen Organisationen ihre Vorgänger in Gesellenverbänden, Bruderschaften oder sonstigen Ueberbleibseln aus der Kunstzeit hatten, so war das bei den Stukkateuren nicht der Fall. Das älteste, was hiervon bekannt ist, stammt aus dem Jahre 1860, wo in Berlin versucht wurde, die Stukkateure für die Schulze-Dehlschenschen Ideen zu begeistern. Dasselbe war 1868 in Magdeburg für die Hirsch-Dunderschenschen Vereine der Fall, aber in beiden Fällen schief die Sache bald wieder ein.

Nachdem das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, dessen scharfe Handhabung in der ersten Zeit alle vorhandenen Ansätze zur Bildung gewerkschaftlicher Organisationen hinweggefegt hatte, milder gehandhabt wurde, fing es auch an, im Baugewerbe zu tagen. 1881 und 1882 wurden in verschiedenen Großstädten Fachvereine der Maurer und Püker ins Leben gerufen, die ersten Kongresse der Maurer und anderer Berufe traten zusammen, und das alles mag befruchtend auch auf die Stukkateure gewirkt haben, denn in verschiedenen Orten schlossen sich auch diese zu Fachvereinen zusammen. So wurden 1883 Fachvereine gegründet in Leipzig und Chemnitz, 1884 in Berlin und Stettin, 1885 folgt Hamburg, 1886 Köln, 1887 Eberfeld-Barmen, Dresden, Frankfurt, 1888 Breslau, Essen, Halle. Ließ aber schon das Vereinsleben in den einzelnen Orten vieles zu wünschen übrig, so fehlte die Verbindung von Stadt zu Stadt fast vollständig. Das Fachorgan „Der Bauhandwerker“ wurde nur von ein paar Städten benutzt. Erst nach verschiedenen vergeblichen Bemühungen kam es im Jahre 1889 zu einem Kongreß, der in Halle stattfand. Mißstände gab es genug im Berufe, deren Beseitigung dringendes Bedürfnis war; miserable Bezahlung und überlange Arbeitszeit, gesundheitzerstörende Werkstellen und lebensgefährliche Zustände auf den Bauten. Richtlinien wurden aufgestellt, die von dem ernstesten Willen der Delegierten zeugen, aber die Hauptsache war, daß man eine gegenseitige Fühlung gewonnen hatte. Der zweite Kongreß, der ein Jahr später, 1890, in Eberfeld stattfand, war bereits von 14 Städten besandt. Auf beiden Tagungen herrschte Einmütigkeit über die Form der Organisation. Gezwungen durch die politischen Zustände, hatte man die sogenannte Vertrauensmännerorganisation gewählt. Die Einnahmen waren, wie bei allen damaligen Organisationen der Arbeiter, sehr niedrig, so daß von einer zielbewußten Agitation keine Rede sein konnte. Da wurde mit dem Fall des Ausnahmegesetzes die Bahn frei für die gewerkschaftliche Bewegung, und als im März 1892 der erste Deutsche Gewerkschaftskongreß stattfand, waren auch die Stukkateure durch einen Delegierten vertreten, der aber, den Beschlüssen

einen minimalen Betrag erforderte, was übrigens die folgenden Zahlen bestätigen: In 1913 wurden an Arbeitslosenunterstützung 686 838 Kronen, in 1914 747 879 Kronen, in 1915 99 957 Kronen, in 1916 65 680 Kronen ausbezahlt.

Auch die Angehörigen der einberufenen Arbeiter mußten regelmäßig unterstützt werden. In den drei Kriegsjahren wurden zumindest drei Millionen durch die Kassen der freien Organisationen und durch die in den Betrieben freiwillig gesammelten Summen an Kriegsunterstützung ausbezahlt.

Dieser Bericht des Sekretärs wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Kongress befaßte sich dann mit dem wirtschaftlichen Uebergang vom Krieg zum Frieden. Ein vorgelegter Antrag forderte für die Zeit nach der Abrüstung die staatliche Unterstützung aller Kriegsdienstleistenden, bis sie zu einem regelmäßigen Erwerb gelangen.

Die Regierung und die Behörden sollen schon jetzt dafür Sorge tragen, daß Rohmaterial beschafft werde und daß es mit Rücksicht auf den vollständigen Stillstand des Baugewerbes während des Krieges gebietlich notwendig sein wird, im ganzen Lande kleine Wohnungen zu bauen; auch dafür müßten Regierung und Behörden rechtzeitig sorgen, daß sofort nach dem Kriege auf allen Gebieten die öffentlichen Arbeiten in Angriff genommen werden können. Um das hier in großen Zügen Niedergelegte präziser auszudrücken, um sich ja keines Verschümmnisses zuschulden kommen zu lassen, wurde der Gewerkschaftsrat beauftragt, eine nochmalige Redaktion an dem Antrag vorzunehmen.

Auch kamen zur Beratung die internationalen sozialpolitischen Forderungen, welche vom Leedser Kongress beantragt und vom Internationalen Gewerkschaftsbund ergänzt wurden. Diese Forderungen wurden vom Gewerkschaftskongress mit dem Bemerkten angenommen, daß auch die wichtigsten speziell ungarischen Forderungen in Betracht zu ziehen sind.

Um den erhöhten Anforderungen, welche an die Gewerkschaftszentrale gestellt werden, entsprechen zu können, wurde der Antrag der Metallarbeiter angenommen, wonach pro zahlendes Mitglied und Vierteljahr ein Beitrag von 12 Heller an die Gewerkschaftszentrale zu entrichten sei. Außer diesem Beitrag haben die Gewerkschaften 2 Heller pro Mitglied und Woche an den Gemeinsamen Widerstandsfonds zu entrichten.

Im großen und ganzen kann konstatiert werden, daß der Krieg die ungarischen Gewerkschaften nicht geschwächt hat und die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses werden gewiß nur noch fördernd wirken.

Budapest.

E. Jászai.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Zukunft des Hilfsdienstgesetzes.

Im Hauptausschuß des Reichstags hatte in den Auseinandersetzungen, die sich an den Rücktritt des Generals Gröner vom Kriegsamt knüpften, der Abg. Scheidemann die Schwerindustriellen als die Urheber dieses Wechsels im Kriegsamt bezeichnet und sich dabei auf ein Schreiben des Geheimrats Duisberg in Leverkusen berufen. Geheimrat Duisberg wies darauf in einem Schreiben an die Tagespresse diesen Vorwurf der Urheberschaft persönlich zurück. Von allgemeinem Interesse ist der Schluß dieses Schreibens, in dem mitgeteilt wird, daß in einer Sitzung der Schwerindustriellen vom 19. August d. J. ein

Antrag des Geheimen Rats Duisberg einstimmig angenommen worden sei, die im § 9 des Hilfsdienstgesetzes enthaltene Beförderung der Freizügigkeit ohne irgendwelche weitere Gesetzesänderung aufzuheben, um damit die einseitige Belastung der Arbeitnehmer und die Raub und Streich hervorruhende Verweigerung der Abfahrscheine mit ihrer Verurteilung an die Schiedsämter zu beseitigen. Begründet wurde die Verurteilung mit dem Zweck, die Arbeitsfreudigkeit und die Stimmung hinter der Front zu heben und damit die bei dem jetzigen schweren Kampf so notwendige Leistung der Munitionsarbeiter weiter zu steigern.

Die Gewerkschaften werden sich natürlich einer Milderung des Hilfsdienstgesetzes, welche lediglich die volle Freizügigkeit der Arbeiter wiederherstellen will, nicht widersetzen. Nur sind sie der Meinung, daß die Unternehmer, wenn sie den Arbeitern damit eine Wohltat erweisen möchten, den gleichen Zweck auch ohne Gesetzesänderung erreichen könnten. Sie brauchen ihren Arbeitern bloß die Abfahrscheine nicht zu verweigern und die Freizügigkeit wäre hergestellt, die Schiedsämter und Schlichtungsausschüsse brauchen nicht in Tätigkeit zu treten und die Arbeitsfreudigkeit könnte sich — an anderer Stelle — ungehemmt entfalten. Dieser einfache Weg erscheint indes den Schwerindustriellen nicht als der rechte und das gibt der Vermutung Raum, daß sie mit der Aufhebung des § 9 noch weiterliegende Zwecke verfolgen. Es ist offensichtlich, daß ihnen die Schlichtungsausschüsse ein Dorn im Auge sind, weil sie die Unternehmer zwingen, vor denselben über ihre Betriebsverhältnisse und Löhne Rede und Antwort zu stehen, und daß sie lieber den ganzen ungarischen Hilfsdienst über Bord werfen möchten, als noch länger der Jurisdiktion der Ausschüsse zu unterstehen. Das scheint mit der Aufhebung des § 9 beabsichtigt zu sein. Vielleicht rechnen die Herren auch mit einem Erlass des Hilfsdienstes durch Militarisierung der Rüstungsarbeit im Wege der Ausdehnung der Militärpflicht auf das Alter bis zu 60 Jahren, die ihnen ein Meer willenloser Arbeitskräfte überantworten würde. Dann könnten freilich Unternehmer und Heeresverwaltung an der Stimmung hinter der Front und an der Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter ihr blaues Wunder erleben.

Mögen die Herren Industriellen also mit ihren Anträgen offen auf den Plan treten. Wir werden ihnen dann schon sagen, was der Arbeiterschaft nützlich und wohltätig ist.

Arbeiterversicherung.

Der 22. deutsche Ortskrankentag

wird am 17. und 18. September d. J. in Dresden (Gewerbehäus) abgehalten. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

Zukunftsaufgaben der Krankenkassen (Geheimrat Dr. Kaufmann-Berlin);

Die Fürsorgeorganisationen und die Krankenkassen:

a) Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge (Oberarzt Dr. Rott-Berlin),

b) Fürsorge für Lungenkranke (Oberstabsarzt Dr. Reichorner-Dresden),

c) Fürsorge für Geschlechtskranke (Sanitätsrat Dr. Cohn-Dresden);

Die fachärztliche Behandlung der chronischen Beinleiden (mit Lichtbildern — Spezialarzt Dr. Braun-Berlin);

von Kranken, Arbeitslosen oder anderwärts Beschäftigten verbleiben 16 347 von der Statistik erfaßten Verbandsmitglieder, die in 5498 Betrieben mit insgesamt 24 713 Beschäftigten tätig waren. In 725 Lohngebieten mit 15 775 Verbandsmitgliedern waren Lohn erhöhungen durchgeführt worden, während in 56 Lohngebieten mit 472 Verbandsmitgliedern entgegen den vertraglichen Abmachungen keine Lohn erhöhungen stattfanden und in weiteren 108 Lohngebieten mit 606 Verbandsmitgliedern die eingetretenen Lohn erhöhungen nicht den vereinbarten Mindestsatz von 7 Pf. pro Stunde erreichten. Die tatsächlichen Stundenlöhne der Zimmerer im Jahre 1916 gehen aus folgender Aufstellung hervor:

| Stundenlöhne Pf. | Lohngebiete | Verbands- mitglieder |
|---------------------|-------------|-------------------------|
| 36—40 | 14 | 39 |
| 41—45 | 28 | 151 |
| 46—50 | 46 | 251 |
| 51—55 | 120 | 857 |
| 55—60 | 148 | 1 371 |
| 61—65 | 137 | 2 306 |
| 66—70 | 88 | 1 478 |
| 71—75 | 86 | 2 245 |
| 76—80 | 43 | 1 962 |
| 81—85 | 47 | 2 814 |
| 86—90 | 8 | 994 |
| 91—95 | 6 | 400 |
| 96—100 | 4 | 1 140 |
| 101—105 | 6 | 339 |
| | 781 | 16 347 |

Der Durchschnitt aller Stundenlöhne dieser 16 347 Verbandsmitglieder beträgt 74,84 Pf.; er ist 0,46 Pf. geringer als der in Nr. 25 des „Zimmerer“ errechnete. Seit dem Jahre 1913, wo die Stundenlöhne auf demselben Wege ermittelt worden sind wie im Jahre 1916, wurden die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt um 15,61 Pf. erhöht. Der ermittelte Durchschnitt aller tatsächlich gezahlten Stundenlöhne erhöhte sich in der gleichen Zeit aber um 16,47 Pf.

Die Ermittlungen über die Arbeitszeit ergeben, daß von je 100 Verbandsmitgliedern arbeiteten in den Sommermonaten pro Tag:

| Stunden | 1916 | 1913 |
|---------|-------|-------|
| 11 | 0,01 | 0,88 |
| 10½ | 0,42 | 0,24 |
| 10 | 47,87 | 66,20 |
| 9½ | 0,48 | 0,29 |
| 9 | 28,10 | 14,95 |
| 9 | 23,12 | 17,44 |

Für 593 Lohngebiete mit 13 929 Verbandsmitgliedern war der Reichstarifvertrag, für 84 Lohngebiete mit 1846 Verbandsmitgliedern waren lokale Tarifverträge maßgebend und für 104 Lohngebiete mit 572 Verbandsmitgliedern bestanden keine tariflichen Vereinbarungen.

Kongresse.

Der VI. ungarische Gewerkschaftskongress in Budapest.

Am 19. und 20. August tagte in Budapest der sechste ordentliche Gewerkschaftskongress. Dieser Kongress gab den Gewerkschaften Gelegenheit, einen Rückblick auf ihr Wirken zu werfen und zugleich ein Arbeitsprogramm für die Zukunft zu machen. Am Kongress waren 33 Organisationen durch 108 Delegierte vertreten. Außerdem war die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch Genossen Paul Umbreit und die Gewerkschaftskommission

Österreichs durch die Genossen Dvoracek und Supper vertreten. Nach den Begrüßungsreden des Vorsitzenden und der ausländischen Genossen kam der Bericht des Gewerkschaftsrates zur Verhandlung. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß die ungarländischen Gewerkschaften den Krieg glänzend bestanden haben. Besonders die Kriegsjahre 1916 und 1917 waren sehr günstig.

Am 31. Dezember 1916 zählten die Gewerkschaften Ungarns 55 338 Mitglieder gegenüber 43 381 des Jahres 1915, also ein Plus von 11 957 (21,60 Proz.). Von den 55 338 Mitgliedern arbeiteten in Budapest und Umgebung 40 691 (73,54 Proz.), in der Provinz 14 647 (24,46 Proz.). Die Zahl der männlichen Mitglieder betrug 47 024 (84,97 Proz.), die der weiblichen 8 314 (15,03 Proz.). Erstere erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre um 10 334 (28,16 Proz.), letztere um 1623 (24,25 Proz.).

Im dritten Kriegsjahre war es die Organisation der Eisen- und Metallarbeiter, die die meisten Mitglieder gewann. In 1915 hatte sie 14 271 Mitglieder, in 1916 stieg diese Zahl auf 20 696, die Zunahme beträgt mithin 6425 (45,02 Proz.). Außerdem weisen ein Mehr an Mitgliedern aus: Zimmerer 63 (42 Proz.), Schachmacher 157 (14,47 Proz.), Zuckerbäcker 20 (28,16 Proz.), Holzarbeiter 1187 (44,65 Prozent), Maler 439 (97,33 Proz.), Fleischerarbeiter 49 (10,49 Proz.), Buchbinder 167 (7,58 Proz.), Privatbeamten 127 (9,88 Proz.), Müller 137 (72,10 Proz.), Schneider 423 (49,24 Proz.), Kellner 100 (37,45 Proz.), Goldarbeiter 48 (34,53 Proz.), Schuhoberteilmacher 55 (10,80 Proz.), Handelsgehilfen 55 (22 Proz.), Wildhauer 23 (32,85 Proz.). Die Zahl der Mitglieder der freien Organisationen hat sich gleichfalls wesentlich erhöht, so die der Eisenbahner um 2648 (82,84 Proz.), die der Bergarbeiter um 1190 (59,20 Proz.).

Das Sinken und Steigen der Mitgliederzahl während des Krieges gegenüber dem Jahre 1913 gestaltete sich wie folgt:

| | |
|----------------------------|----------------------|
| Mitgliederrückgang in 1914 | 55 976 (52,07 Proz.) |
| in 1915 | 8 129 (7,56 „) |
| Mitgliederzunahme in 1916 | 11 957 (11,11 „) |

Hiernach haben die Organisationen in den ersten zwei Kriegsjahren 59 Proz. der Mitglieder verloren, während sie im dritten Jahre 11 Proz. gewonnen, so daß im Endergebnis der Mitgliederrückgang 48 Proz. beträgt.

Den gedruckten Bericht ergänzte der Referent damit, daß der Mitgliederzuwachs im Jahre 1917 bisher schon einen solchen Umfang annahm, daß der Mitgliederstand bereits jene Höhe erreichte, auf welcher dieser vor dem Kriege stand. Dieser große Erfolg ist dem lebhaften Wirken der Gewerkschaften und dem Umstande zuzuschreiben, daß die Kriegsindustrie in Ungarn ziemlich entwickelt ist. Besonders die Organisationen der Metallarbeiter, Eisenbahner, Bergarbeiter und Privatbeamten haben im Jahre 1917 eine große Anzahl neue Mitglieder gewonnen. Während des Krieges ist auch das Rassenwesen der ungarländischen Gewerkschaften ein günstiges.

Die Einnahmen der Gewerkschaften betragen im Berichtsjahre 1916 1 482 766 Kronen gegen 1 256 189 Kronen des Jahres 1915, wodurch sich ein Mehr von 226 677 Kronen ergab. Die Ausgaben beliefen sich in 1915 auf 1 123 157 Kronen, in 1916 auf 1 171 859 Kronen, somit das Mehr an Ausgaben gegen das Vorjahr 48 702 Kronen betrug. Dieses verhältnismäßig günstige Ergebnis können die Organisationen dem Umstande verdanken, daß die Arbeitslosenunterstützung im zweiten und dritten Kriegsjahre nur